



Landesvorsitzende

Irmtrud Dethleffs-Niess
Landesvorsitzende des RLV
Baden-Württemberg,
Langenbergstr. 17
71665 Vaihingen
Tel.: 07042/24087
e-mail: landesvorsitz@rlv-bw.de

07.05.2013

PM Schluss mit der ideologisch gesteuerten Bildungspolitik!

RLV fordert erneut Anpassung der Sachkostenbeiträge und Lehrerstunden zur individuellen Förderung

„Auch im zweiten Jahr nach dem Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung erhält die Realschule noch immer nicht die Ausstattung mit Sachkostenbeiträgen und Lehrerstunden, die sie so dringend benötigt“, so die Landesvorsitzende Dethleffs-Niess heute „von Gleichbehandlung der Schularten kann nach wie vor keine Rede sein. Realschulen werden weiterhin massiv benachteiligt. Allein die Sachkostenzuweisung von 568 Euro für Realschulen im Vergleich zu 1 119 Euro für die Gemeinschaftsschule macht diese Benachteiligung überdeutlich.“

Die Anzahl von 1,5 Förderstunden pro Zugist auch in diesem Jahr nicht erhöht worden, obwohl nun der zweite Jahrgang mit SchülerInnen an der Realschule unterrichtet wird, der ohne eine verbindliche Grundschulempfehlung gewechselt hat, was den Förderbedarf deutlich hat ansteigen lassen.

Auch die flächendeckende Implementierung der Kompetenzanalyse AC in Klassenstufe 8 ist mit der bisherigen Stundenzuweisung nur annähernd ausgestattet. Die so dringend benötigten Fördermaßnahmen sind weiterhin nicht abgedeckt“, so Dethleffs-Niess weiter.

„Das spiegelt wieder einmal mehr die ideologisch gesteuerte Absicht von Grün-Rot unsere erfolgreiche Schulart Realschule auf subtile Weise auszutrocknen, indem sie diese nicht mit den erforderlichen Mitteln (Sachkostenzuweisung und ausreichende Anzahl von Stunden für die individuelle Förderung) ausstattet, dagegen protestieren wir vehement.“

Die geplante 14% Reduktion der Entlastungsstunden für organisatorische Tätigkeiten schlägt aber dem Fass endgültig den Boden aus“ meint Dethleffs-Niess! „Glaubt die Landesregierung ernsthaft, dass Schulen auf diese wichtigen Aufgaben wie beispielsweise Betreuung der Schulbibliothek, Verwaltung der Lehr- und Lernmittel oder die Tätigkeit des Sicherheitsbeauftragten verzichten können? Lehrkräfte, welche wichtige organisatorische Aufgaben übernehmen, leisten einen erheblichen Beitrag zur Gewährleistung eines reibungslosen Schulablaufs und garantieren damit letztendlich auch den Bildungserfolg einer Schule und ihrer SchülerInnen“, so die Landesvorsitzende abschließend.

Pressemitteilung

Philologenverband Baden-Württemberg
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien



7. Mai 2013
Az. 1811 / 2013 – 13

Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) unterstützt die wachsenden Proteste von Elternvertretern, Lehrerkollegien und Verbänden und fordert die Rücknahme

- der Kürzungen bei den Entlastungsstunden für zusätzliche außerunterrichtliche Tätigkeiten sowie
- der Streichung der Anrechnungsstunden für die Organisation der Hausaufgabenbetreuung

Der Philologenverband Baden-Württemberg stellt empört fest, dass bislang alle Proteste gegen die Sparpolitik der grün-roten Landesregierung im Bildungsbereich ungehört verhallen. Kultusminister Andreas Stoch sucht sich seit seiner Amtsübernahme damit zu beruhigen, dass angesichts der demografischen Rendite genügend Spielraum für Kürzungen beispielsweise bei Anrechnungsstunden vorhanden sei. Selbst die Erkenntnis, dass die Schülerzahlen weniger als erwartet zurückgehen, im gymnasialen Bereich sogar zunehmen, konnte den Minister bisher nicht zum Umdenken bewegen.

Der PhV BW fordert den Kultusminister erneut auf, diejenigen Tätigkeiten zu benennen, die nach einer Kürzung der Anrechnungsstunden nicht mehr von den Lehrkräften ausgeübt werden sollen. Sind beispielsweise die Verwaltung der Lernmittelsammlung oder naturwissenschaftlicher Sammlungen, die Wartung von Unterrichtsmedien, die Tätigkeit des Sicherheitsbeauftragten usw. verzichtbar?

Obwohl das „individuelle Lernen“ in der grün-roten Landesregierung geradezu ein Zauberwort ist, plant das Kultusministerium, die Anrechnungsstunden für die Organisation der Hausaufgabenbetreuung im gymnasialen Bereich komplett zu streichen. Kultusminister Stoch hat noch nicht erklärt, wer dann die Organisation dieses wichtigen Bereichs übernehmen soll. Der PhV BW kritisiert heftig, dass die Gymnasien auch an dieser Stelle gezielt benachteiligt werden, da fast 50 Prozent der insgesamt zu streichenden Entlastungsstunden bei den Gymnasien wegfallen sollen. Fast 4000 Unterrichtsstunden sollen gymnasiale Lehrkräfte zusätzlich jede Woche unterrichten, um die Unterrichtsversorgung auf Kosten anderer wichtiger Tätigkeiten zu sichern. Der PhV BW fordert die Rücknahme dieser Kürzungsvorhaben und stattdessen den Verzicht auf die Streichung von 2200 Lehrerstellen in den nächsten beiden Jahren.

* * *

An den Gymnasien des Landes Baden-Württemberg werden über 300.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Der Philologenverband Baden-Württemberg e.V. (PhV BW) vertritt rund 8.000 im Verband organisierte Lehrerinnen und Lehrer an den 448 öffentlichen und privaten Gymnasien des Landes. Im gymnasialen Bereich hat der Philologenverband BW sowohl im Hauptpersonalrat beim Kultusministerium als auch in allen vier Bezirkspersonalräten bei den Regierungspräsidien die Mehrheit und setzt sich dort für die Interessen der rund 27.000 Lehrkräfte an den Gymnasien des Landes ein.

Presseinformation

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Baden-Württemberg



7. Mai 2013

25/13

„Schafft die Schule ab, die kostet nur Geld!“

Kürzung der Gelder für Suchtprävention, SMV-Arbeit,...

Stuttgart – „Die Landesregierung hat zwei Jahre nach ihrem Start noch immer kein Konzept für die bildungspolitischen Ziele und fährt stattdessen mit dem Rasenmäher durch die Schulen. Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern werden sich ab Herbst auf eine schlechtere Unterrichtsversorgung und die Streichung vieler Zusatzangebote einstellen müssen“, sagte am Dienstag (07.05.) Doro Moritz, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Die Bildungsgewerkschaft verlangt die Rücknahme der Kürzungspläne für das allgemeine Entlastungskontingent. „Wenn Grüne und SPD hier kürzen, sollen sie den Eltern auch erklären, wer sich in Zukunft an den Schulen um die Suchtprävention, die Kooperation mit den KiTas und die Qualitätsentwicklung kümmern wird. Wenn es zum Beispiel keine Stunden für die Netzwerkbetreuung mehr gibt, sollte das Kultusministerium den Schulen vorschlagen, die Computer an den Schulen auszuschalten. Die Bildungspolitik der Landesregierung trägt weiter die Überschrift ‚Schafft die Schule ab, sie kostet nur Geld‘. Für das Sparen hat die Landesregierung einen Plan, für die Bildungsreformen und die Unterstützung der Arbeit in den Schulen nicht“, sagte Moritz.

Infos:

Im allgemeinen Entlastungskontingent erhalten die Schulen jährlich etwa 1.600 Lehrerstellen für besondere Aufgaben. Zu diesen Aufgaben gehören unter anderem die Lehrmittel- und Fachraumverwaltung, die Tätigkeit als Verbindungslehrer/in zur SMV, die Suchtprävention, die Steuerung der Schulentwicklung, der Schüleraustausch, die Betreuung des Computernetzwerks, die Kooperation mit den Kindertageseinrichtungen und alles Weitere, was an Schulen erledigt werden muss und nicht Leitungsaufgabe ist. Die Landesregierung will 14 Prozent dieser Stunden streichen.

Das Volumen ist bescheiden: Bei Schulen bis zu 20 Klassen gibt es je Klasse 0,5 Stunden. Selbständige Grund-, Haupt- oder Werkrealschulen bekommen zum Beispiel nur 0,35 Stunden je Klasse. Ab der 21. bis 40. Klasse gibt es 0,4 Stunden, für GHWRS 0,25 Stunden. Für weitere Klassen gibt es 0,2 bzw. 0,05 Stunden. Eine zweizügige Grundschule (8 Klassen) bekommt zum Beispiel für sämtliche Aufgaben 2,8 Stunden.

Weitere Informationen: www.gew-bw.de



Stuttgart, 07.05.2013

Wenn Kultusminister Stoch Anrechnungen kürzen will, muss er sagen, was an außerunterrichtlichen Aktivitäten der Schule entfallen kann:

„Wer die Arbeitszeit für außerunterrichtliche Aufgaben reduziert, reduziert die Qualität der beruflichen Bildung und versündigt sich an den Bildungschancen unserer Jugend“.

Schule ist mehr als nur Unterricht, und wenn für Außerunterrichtliches keine Zeit mehr zur Verfügung steht, leidet die Bildung insgesamt, so die BLV-Vorsitzende Margarete Schaefer, am Dienstag (07.05.13) in Stuttgart. Schaefer nahm damit Stellung zu den Plänen von Kultusminister Stoch, die Anrechnungsstunden für außerunterrichtliche Aufgaben und besondere Belastungen um 14 % zu kürzen.

Der Berufsschullehrerverband hat in zahlreichen Modellberechnungen nachgewiesen, dass die Kürzungen im Bereich der beruflichen Schulen mehr als doppelt so hoch ausfallen, wie seitens des Ministeriums öffentlich angekündigt. Da aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen sich die Anrechnungsstunden, die im Wesentlichen von der Schüler-/Klassenzahl der Schule abhängig sind, ohnehin reduzieren, bedeutet eine Kürzung der Zuweisungsfaktoren, dass das Kultusministerium die „demografische Rendite“ zweimal einfahren will. Wer so rigoros streichen will, muss sagen, welche Leistungen der Schule zur Disposition stehen sollen: die Sicherheit der Chemie- oder Physikräume, die Funktionsfähigkeit der Werkstätten und Übungslabors, die Organisation von Auslandskontakten, die Zusammenarbeit von Berufsschule mit Ausbildungsbetrieben im Rahmen der Lernortkooperation oder das jetzt gerade aufgebaute Qualitätsmanagement? Da im Zuge der Auflösung von sogenannten Kleinklassen im ländlichen Raum

gleichzeitig an zentralen Standorten die Klassen bis zum Klassenteiler 30 aufgefüllt werden sollen, darüber hinaus älteren Lehrkräften eine weitere Erhöhung ihrer Unterrichtsverpflichtung angekündigt wurde und überdies immer mehr Überstunden anfallen, wächst der Unmut der Lehrkräfte. Die Lehrkräfte sind nicht mehr bereit, die außerunterrichtlichen Aufgaben unverändert auszuführen, wenn die dafür zur Verfügung gestellten Arbeitsstunden rigoros gestrichen werden. Eines ist ganz sicher: Wer die Arbeitszeit für außerunterrichtliche Aufgaben reduziert, reduziert die Qualität der beruflichen Bildung und versündigt sich an den Bildungschancen unserer Jugend, so Margarete Schaefer, BLV-Vorsitzende abschließend.

*

An den beruflichen Schulen werden im laufenden Schuljahr landesweit rund 357.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

*

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e.V. (Berufsschullehrerverband) vertritt in Baden-Württemberg über 10.000 Lehrerinnen und Lehrer.

*

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e.V. (Berufsschullehrerverband) hat im Bereich der beruflichen Schulen in allen Personalvertretungen auf Regierungspräsidiumsebene sowie im Kultusministerium die Mehrheit.

verantwortlich i. S. d. P.

Margarete Schaefer, Im Waisenbusch 4, 75181 Pforzheim
Fon: 07231 391686 oder 0711 489837-0
Fax: 07231 392579
Mail: info@blv-bw.de

Pressereferent: Friedrich Graser Tel 0173 669 1106
Ein Foto von Frau Schaefer erhalten Sie über folgenden Link:
<http://www.blv-bw.de/233.0.html>

Positionen

Kürzungen verhindern Weiterentwicklung

An die Mitglieder der Direktorenvereinigungen in Baden-Württemberg Information über geplante Kürzungen in der Verwaltungsvorschrift zur Arbeitszeit der Lehrkräfte

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Im Namen der vier Direktorenvereinigungen im Land wollen wir uns argumentativ gegen die geplanten Kürzungen im Bereich der Arbeitszeit der Lehrkräfte wenden, von denen wir vor kurzem erfahren haben. Denn diese Kürzungen sind nicht nur ungerechtfertigt; sie machen unserem Auftrag, das Gymnasium weiterzuentwickeln, geradezu unmöglich.

Aus den Pressemitteilungen des PhV wissen Sie von den Planungen, wir möchten jedoch konkretere Hintergründe und insbesondere die veränderten Faktoren aufzeigen:

1) Im Bereich der Gymnasien wie auch der anderen Schularten werden die Anrechnungsfaktoren im allgemeinen Entlastungspool (AE) gekürzt; außerdem soll eine Streichung der zusätzlichen Stunden (2 WSt.) für Gymnasien verfügt werden. Das sind pro Gymnasium zusammen durchschnittlich ca. 5 Stunden und damit ca. 25% - also fast das Doppelte der geforderten / angegebenen 14%. Konkret heißt das im Bereich der **Gymnasien, Beruflichen Schulen und Realschulen:**

- o Kürzung des Faktors 0,5 auf 0,45 für die ersten 20 Klassen (knapp 40 Deputate),
- o Reduktion des Faktors 0,4 auf 0,3 für die 21. bis 40. Klasse (45 Dep.),
- o Kürzung des Faktors 0,2 auf 0,15 ab der 41. bis zur 50. Klasse (5 Dep.) und
- o Kürzung des Faktors 0,1 ab der 51. Klasse auf 0,05 (10 Deputate);
- o Streichung der zusätzlichen Stunden (2 WSt.) für **Gymnasien** (30 Dep.);

In der Praxis führt dies zu einschneidenden Kürzungen vor allem bei der Betreuung der naturwissenschaftlichen Sammlungen. Dies kann angesichts der wachsenden Anforderungen im Bereich der Sicherheit (vgl. die Vorgaben der Unfallkasse Baden-Württemberg und der Gemeindeunfallversicherungsverbände sowie die neuen Gefahrstoffverordnungen) von den Schulleitungen nicht verantwortet werden.

Den Sockel von 2 Stunden erhalten die Gymnasien bisher über die Anrechnungen der anderen Schularten hinaus, weil sie höhere Anforderungen zu leisten haben. Denn nur hier ist ein längerer Bildungsgang mit einem breiteren und differenzierterem Fächerangebot gegeben. Zudem sind die Anforderungen in allein 16 Fächern bis zum schriftlichen Abiturniveau zu erreichen; Eltern und Schüler erwarten zurecht, dass die SchülerInnen qualifiziert auf diesen höchsten Schulabschluss vorbereitet werden, dass die Lehr- und Lernmittel diesem hohen Niveau entsprechen und dass auch die Fachliteratur wie auch die pädagogisch- didaktische Ausstattung der Fachgruppen durch die Fachvorstände entsprechend ausgewählt und vorgehalten werden kann.

Aus diesem AE-Bereich müssen auch die Verbindungslehrkräfte (SMV-Betreuung), die Lehrkräfte für die Berufsorientierung an Gymnasien (Bogy), die Lehrkräfte, welche die EDV-Anlage betreiben und weitere für die Schule zwingend notwendige Aufgaben (Sucht- und Gewaltprävention, Streitschlichter...) mit Deputatsstunden ausgestattet werden.

Kürzungen im allgemeinen Entlastungsbereich können erst dann akzeptiert werden, wenn z. B. der Schulträger adäquate Fachkräfte zur Verfügung stellen kann und stellt. Erhöhte Ausgaben der

Schulträger führen mit etwas Zeitverzögerung zu erhöhten Pauschalen beim Sachkostenersatz – und damit wiederum zu erhöhten Ausgaben im Kultusbereich. Ob dies zielführend ist, bleibt fraglich. Denkbar wäre jedoch, dass die Schulträger gegen Kostenersatz die entsprechenden Deputatsanteile finanzieren; es handelt sich schließlich bei allen Lehr- und Lernmitteln um Eigentum der Schulträger.

2) Auch sollen Ausbildungslehrkräfte je betreuter Gruppe im Schulpraxissemester nur noch eine Wochenstunde statt bisher zwei erhalten. Und dies, obwohl sich der Aufwand für die Schulen und die Ausbildungslehrkräfte durch die Einführung des Orientierungspraktikums (seit kurzem Pflicht zu Beginn des Studiums) ohne Ausgleich deutlich erhöht hat.

Die Ausbildung am Gymnasium war schon immer komplex, da allen PraktikantInnen Einblick in drei Stufen incl. Abituranforderungen zu geben ist und das Reflektionsniveau entsprechen höher zu sein hat. Der Abstand der PraktikantInnen zur eigenen gymnasialen Schulzeit, die ja beim Orientierungspraktikum zum Teil nur wenige Wochen oder Monate zurückliegt, ist an allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien weniger gegeben, als an Grund- oder Realschulen – deshalb muss der Rollenwechsel und die andere Perspektive bei uns in besonderer Weise in den Blick genommen und thematisiert werden,

3) Die bisherigen Entlastungsstunden / Anrechnungen für allgemein bildende Gymnasien für die Organisation und Koordination der Hausaufgabenbetreuung sowie Qualifizierung der Hausaufgabenbetreuer sollen vollständig gestrichen werden.

Das 2008 vom Ministerrat beschlossene Programm zur Hausaufgabenbetreuung in G8 - Gymnasien sah u. a. vor, dass alle Gymnasien verpflichtet sind, eine Hausaufgabenbetreuung, vorrangig in den Klassenstufen 5 - 7, anzubieten,

Unter allen Schularten standen die Gymnasien vor besonderen Herausforderungen, da sie als einzige Schulart zusammen mit der Bildungsreform auch eine Verkürzung der Schulzeit zu meistern hatten. Diese Verkürzung der Schulzeit ist nach wie vor gegeben – außer in den wenigen G-9 Gymnasien. Sie ist begründet in den KMK-Verordnungen und daher eine externe Setzung, die u. E. berücksichtigt werden muss.

Auch hat das Gymnasium als einzige Schulart aus diesem Grund einen extrem vollen Stundenplan – die Pflichtstunden sind einfach nicht zu leugnen – und dies ohne die Rahmenbedingungen der gebundenen Ganztageschulen zu haben. Und die offenen Ganztageschulen als Erlass-Schulen des Landes – nicht wenige Gymnasien sind dies – haben keine Personalausstattung, um ohne die Hausaufgabenbetreuungsstunden zurechtzukommen. Diese Hausaufgabenbetreuung ist jedoch u. E. gemeinsam mit den Anstrengungen der Schulen einer der Gründe dafür, dass die Akzeptanz des G8 sich in den letzten Jahren verbessert hat; sollte die Hausaufgabenbetreuung wegfallen, rechnen wir mit einer schwindenden Akzeptanz des G8 bei vielen Eltern.

Zusätzlich hat seit dem Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung die Heterogenität an den Gymnasien zugenommen; wir stellen fest, dass gerade in diesem Schuljahr die individuelle Betreuung der Kinder in der Klasse 5 und im kommenden Schuljahr in den Klassen 5 und 6 in deutlich höherem Maße benötigt wird als zuvor,

Bei den Realschulen wurde im Landtag auf die Anfrage nach der Hausaufgabenbetreuung an den Gymnasien (Drucksache 15/1248) im März 2012 noch geantwortet, dass die Realschulen aus nachvollziehbaren Gründen im Umfang von insgesamt 200 Lehrerdeputaten einen Förderpool zur schulspezifischen Schwerpunktsetzung wie zum Beispiel Hausaufgabenbetreuung oder andere Förder- und Differenzierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt bekommen,

Alle Gymnasien hatten 2008 mit der Begründung der verkürzten Schulzeit und der hohen Stundenbelastung der SchülerInnen je nach Größe Anrechnungsstunden zwischen 3 und 6 Wochenstunden zur Organisation und Koordination der Hausaufgabenbetreuung sowie Qualifizierung der Hausaufgabenbetreuer erhalten,

Die Hausaufgabenbetreuer sind im Normalfall Oberstufenschüler, die insgesamt maximal 3 Jahre an den Gymnasien tätig sind. Die neu zu findenden BetreuerInnen müssen Jahr für Jahr neu qualifiziert und betreut werden – und dafür benötigen wir Lehrkräfte,

Und auch in der Hausaufgabenbetreuung sind nachmittags ohne Frage Lehrkräfte als Ansprechpartner notwendig. So kommt in nicht wenigen Gymnasien z. B. zu je 3-5 anwesenden Schülermentoren eine Lehrkraft, die beaufsichtigt, betreut, für Fragen zur Verfügung steht und als AnsprechpartnerIn bei Problemen wie auch als OrganisatorIn bei den Ausfällen der ehrenamtlichen Mitarbeiter zur Verfügung steht.

Dies ist eine Daueraufgabe der Gymnasien, die von den Schulen verantwortet und betreut wird und auf deren gute Erfüllung sich die Eltern verlassen. Gerade die Eltern erwarten die Präsenz und das Engagement der Lehrkräfte in der Ausbildung und Betreuung der ehrenamtlichen SchülermentorInnen, weil dadurch die Qualität dieser Hausaufgabenbetreuung aus Elternsicht gewährleistet wird. Im Zuge der zunehmenden Forderung der Eltern nach einer deutlich besseren und zeitlich umfassenderen individuellen Betreuung der Schülerinnen und Schüler darf in diesem Bereich auf keinen Fall gekürzt werden. Diese Stunden sind für die Schulen unverzichtbar.

Wir werden diese Argumente auch in einem Brief an den Kultusminister vorbringen, um unsere Interessen nachdrücklich zu vertreten.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Burgenmeister, Vorsitzender der Direktorenvereinigung Nordwürttemberg (www.dv-nw.de)

Brigitte Röder, Vorsitzende der Direktorenvereinigung Südwürttemberg (www.dv-sw.de)

Heribert Hertramph, Vorsitzender der Direktorenvereinigung Südbaden

Hugo Oettinger, Vorsitzender der Direktorenvereinigung Nordbaden